

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **34 (1940)**

Heft 12

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

tung eines neuen Sozialismus noch auf andere Weise und überall gearbeitet werden.

3. Jedenfalls sind dafür auch neue *geistige* Kräfte nötig. Es ist eine *höhere* Hoffnung nötig, wenn wir die anderen Hoffnungen, die auf die *richtige* politische und die *richtige* soziale Weltrevolution, festhalten wollen. Denn wir stehen nicht nur vor unserer geistigen Ohnmacht all den verheißungsvollen Möglichkeiten dieser Weltrevolution, sondern noch mehr den furchtbaren Gefahren gegenüber, die aus ihr aufsteigen: den Dämonen der Gewalt und des Chaos. Es ist die *geistige* Weltrevolution nötig. Vor allem die *religiöse*. Nur im *Glauben* können wir jene andere Hoffnung hegen und bewahren. Dieser Glaube aber muß Glaube an ein *Neuwerden* in der höchsten Sphäre sein.

Diese geistige Weltrevolution ist jedenfalls auch vorhanden. Sie ist vorhanden als *Zusammenbruch* einer geistigen Welt, die unwahr und unkräftig geworden war und ist, vorhanden als immer stärker werdende Sehnsucht nach einer neuen tragenden und erlösenden Offenbarung der höchsten Wahrheit. Der Zusammenbruch besonders der bisherigen Form des *Christentums* ist jedem sehenden Auge klar. Eine neue Gestalt und damit eine neue Kraft der Sache Christi muß kommen. Und sie steigt aus der Katastrophe auf. Es geht jene größte der Weltrevolutionen vor sich, welche von Religion und Christentum zum Reiche Gottes führt. Auch die kommende neue Auseinandersetzung, besser: Berührung von „Osten“ und „Westen“ eröffnet diesem Werden ganz neue Möglichkeiten. Die Pforten der Welt sind hoch aufgetan — gerade durch die Katastrophe der Welt.

In diesem Zeichen dürfen wir, trotz allem, mit Zuversicht in das Jahr 1941 schauen. Auch dieses Jahr wird *Gott* gehören, und es kommt alles darauf an, daß wir *ihn* nicht lassen. Gewiß haben wir keine menschliche Bürgschaft dafür, daß die Weltentwicklung den Weg unserer Hoffnung nimmt. Sie kann, rein menschlich betrachtet, auch in Chaos und Hölle enden. Was mit dem in dieser Darstellung angedeuteten Ausblick gemeint ist, bedeutet nicht jenen Optimismus, den man heute so eifrig schmählt. Es bedeutet *Glauben*. Aber dieser Glaube hat so viele *Anhaltspunkte*, daß es Sünde wäre, ihn nicht festzuhalten. Darum: „Werfet euer Vertrauen nicht weg, welches eine große Verheißung hat.“

Leonhard Ragaz.



Rundschau



Zur Chronik.

I. Der Krieg. 1. Der griechisch-italienische Krieg. Die überraschenden Erfolge der Griechen gehen weiter und scheinen beinahe zu einer italienischen Katastrophe, zum mindesten einer moralischen, zu werden. Darauf deutet wohl auch der *Rücktritt* des italienischen Generalstabschefs *Badoglio*, des, wie man sagt, bedeutendsten italienischen Militärs, wie der des Generalstabschefs der Marine und

des Gouverneurs und militärischen Oberkommandanten des Dodekanes. Wir tun gut, den Rücktritt Badoglio auch im Lichte der Tatsache zu betrachten, daß er es ist, der *Abeßinien*, mit den bekannten Mitteln, unterworfen hat — neben Graziani! ¹⁾

Der Diktator Metaxas appelliert an die „geistigen Kräfte“, der König an die Vereinigten Staaten, die Juden an die Judenchaft der ganzen Welt. Roosevelt verspricht Hilfe und verweist auf die Sendung von Lebensmitteln und die Unterstützung des griechischen Roten Kreuzes durch Geld. Es soll aber „jede gewünschte Hilfe“ geleistet und auch Kriegsmaterial, besonders Flugzeuge, geliefert werden.

2. Der *deutsch-englische Krieg*. Die Zahl der Opfer betrug während des Oktobers 6334.

Die *englische Blockade* geht wirksam vorwärts. 75 % aller Handelsschiffe fahren mit englischer Bewilligung (Navicerts).

Die kriegerischen „Handlungen“ konzentrierten sich, abgesehen von Großbritannien, in den Kämpfen um *Gallabad* an der Grenze Abessinien (!) und in der *Seeschlacht* bei Sardinien.

II. *Die Unterworfenen und Verfolgten*. 1. *Rumänien*. Die Opfer des Wütens der plötzlich zur Herrschaft gelangten „Eisernen Garde“ werden bald auf etwa 500, bald auf etwa 2000 angegeben. Darunter befindet sich der bekannte Rechtspolitiker und Historiker Professor *Jorga*. Das Gemetzel, das vom Polizeipräsidenten von Bukarest gefördert wird, ist aber zum großen Teil ein *Judenpogrom* in der üblichen Form. Dazu werden die Juden durch „gesetzliche“ Mittel noch weiter bedrängt. Ein *Aufstand* der „Eisernen Garde“ wendet sich aber zum Teil auch gegen den eigenen rechten und mittleren Flügel, besonders gegen den bisherigen „Führer“ Horia Sima. Auch gegen Antonescu. Man wird feiner mit Hilfe des Militärs, besonders auch des deutschen, Meister. Die Garde wird entwaffnet, ihre Sonderpolizei aufgelöst. Das Chaos ist nur scheinbar gebändigt.²⁾

2. Die nach England geflüchteten legalen Regierungen *Polens* und der *Tschechoslowakei* schließen ein Bündnis ab, das auch für die Zeit nach dem Kriege gelten und den Kern eines neuen Mitteleuropa bilden soll. In der Tschechoslowakei geht der stille Widerstand energisch weiter.

3. *Norwegen*. Auch die *Revolte* der Norweger wächst, besonders von seiten der Mittel- und Hochschulen. Gewaltige Erdbeben werden auf norwegische „Sabotage“ zurückgeführt. Ein „Volksgerichtshof“ kann aus Mangel an sich zur Verfügung stellenden ernsthaften Juristen lange nicht zustande kommen. Gewaltige Demonstrationen ertönen das Auftreten Quislings und seiner „Nationalen Sammlung“. Sie scheinen unhaltbar. Göbbels kommt zur Orientierung nach Oslo. Quisling geht nach Berlin. Deutschland erklärt im übrigen, daß Norwegen dauernd ein Teil des deutschen „Großraums“ zu bleiben habe. 5000 Arbeiter müssen nach Deutschland.

4. In *Dänemark* wächst ebenfalls der Widerstand. Er äußert sich vorwiegend als stille gesellschaftliche Aechtung der Eroberer, aber doch auch als Massendemonstrationen gegen die dänisch gestaltete nationalsozialistische Agitation.

5. *Holland*. Die *korporative Ordnung* wird von den Deutschen angebahnt. 80 000 (nicht bloß 4000) Arbeiter werden nach Deutschland gebracht.

6. In dem verheerten und ausgefogenen *Belgien* herrscht schlimmste Lebensmittelnot.

Die „illegale“ Zeitung „*La libre Belgique*“, die während der früheren Besetzung Belgiens eine so große Rolle gespielt, erscheint wieder.

Belgisch-Kongo hat Italien den Krieg erklärt.

7. *Die Juden*. Die Judenverfolgung geht weiter. Von Rumänien ist schon berichtet. In *Warschau* ist nun ein völliges *Ghetto* geschaffen. Auch im Tram dürfen die Juden (wie in Amerika die Neger) nicht mit den „Ariern“ zusammen sein. Die

¹⁾ Ueber „*Sidi Barrani*“ vgl. „Zur Weltlage“.

²⁾ Ein deutsch-rumänisches *Wirtschaftsabkommen*, das einen „Zehnjahresplan“ in Aussicht nimmt, dessen Ausführung namentlich in deutschen Händen läge, bedeutet die völlige Unterwerfung Rumäniens unter die Interessen Deutschlands. 12. XII.

französische Judengesetzgebung ist nun auch in *Tunis* eingeführt, hoffentlich, wie zum guten Teil in Frankreich, mehr auf dem Papier.

III. *Die Umstrittenen*. 1. *Rußland*. Zwischen Rußland und den *Vereinigten Staaten* finden intensive Verhandlungen statt, jedenfalls über ein Zusammengehen gegen Japan. Von einer Annäherung zeigt die Wiedereinrichtung eines amerikanischen Generalkonulates in Wladiwostok.

2. *China*. Nach der Bildung des „Dreiecks“ Japan-Mandschukuo-Nanking wird an Tschiang-Kai-Shek ein *Friedensangebot* gerichtet, das dieser schroff zurückweist mit der Beifügung, daß China mit jeder Regierung die diplomatischen Beziehungen abbrechen werde, welche Nanking anerkenne — eine Verlegenheit für Deutschland.

Inzwischen haben die Chinesen wieder große militärische Erfolge.

Die *Vereinigten Staaten* gewähren China ein Anleihen von 100 Millionen Dollar (England eine von 10 Millionen Pfund). Sie verbieten die Ausfuhr alles für die Rüstung brauchbaren *Eisens*, außer auf Erlaubnis der Regierung hin — was gegen *Japan* geht.

Australien verbietet nun auch die Ausfuhr von Schrott nach Japan.

3. *Indien*. Die *Civil disobedience*-Bewegung schreitet fort. 1100 Mitglieder der Kongreßpartei wollen durch Auftreten gegen den Krieg ihre Verhaftung provozieren. Der verhaftete Führer der Radikalen, *Subhas Bose* (meines Wissens ein Christ), wird freigelassen.

4. *Indochina*. Zwischen Indochina und dem, nach den einen von Japan, nach den andern von England (?) angeftifteten *Siam* (Thailand) herrscht eine Art Kriegszustand.

5. *Aegypten*: Der rasch nacheinander eingetretene plötzliche Tod hoher englandfreundlicher Beamter erregt Aufsehen.

Eine Regierungserklärung zur Lage ist zurückhaltend, aber eher englandfreundlich.

6. Die Achse agitiert durch eine in deren eigenen Sprache gehaltenen Radiorede an die *arabische Welt* gegen England und für sich selbst.

7. In *Syrien* wachse die Neigung, sich zu de Gaulle zu schlagen. *Chiappe*, der bekannte ehemalige Polizeipräfekt von Paris, Faschist und Beförderer der französischen Zerfetzung und Niederlage, fliegt nach Syrien, um diese Entwicklung zu verhindern, wird aber in der Nähe von Korsika, seiner Heimat, von einem englischen Flugzeug abgeschossen — vielleicht nicht ohne Planung.

8. Die hinterindische französische Kolonie *Pondicherry* erklärt sich endgültig für de Gaulle.

IV. *Italien*. Mussolini setzt in einem „Rapport“ an die faschistische Partei einen Jahrestag zur Erinnerung an die Ueberwindung der *Sanktionen* ein. Man erkennt immer wieder, wie stark ihn diese aufgeregt haben und wie leicht damals bei gutem Willen der Sieg über ihn gewesen wäre.

V. *Frankreich*. 1. Die von Vichy ausgehende „*Revolution*“ bewegt sich vorwärts, immer vorwiegend auf dem Papier. Die *Confédération générale du Travail* wird aufgelöst, ihr Vermögen beschlagnahmt. Zum Schein wird auch das Comité des Forges von der gleichen Maßregel getroffen. Die *Landwirtschaft* wird in das korporative System eingefügt.

Pétain reißt im Lande herum und läßt sich feiern. An die Vereinigten Staaten richtet er eine Botschaft, worin er die gemeinsamen Ideale (?) betont und zugleich das in Frankreich Geschehene als die bedeutfamste Revolution seiner Geschichte erklärt.

2. 80 000 Französisch Sprechende *Lothringer* sind nun nach „Frankreich“ vertrieben worden. Damit sei die „völkische Flurbereinigung“ vollzogen. Lothringen werde nun mit der Saar zu einer „Westmark“ verbunden. Die Vertriebenen werden wohl meistens in Südfrankreich angesiedelt werden, wo viel Land zur Verfügung steht.

Aus der Schweiz dürfen 30 000 *Internierte* zurückkehren.

Unter den zwei Millionen deutscher *Kriegsgefangener* werde eine eifrige und sehr erfolgreiche nationalsozialistische Propaganda getrieben. Die in Paris *revolütierenden* Gymnasiasten und Studenten tragen Angelruten („gaulles“) in den Händen und rufen „Vive!“ *Martinique* sei bereit, zu de Gaulle überzugehen, ebenso *Französisch-Kamerun*, dessen Gouverneur und Generalkommissar abgesetzt werden; der letztere geht zu de Gaulle nach London. De Gaulle aber erobert *Port Gentil* in Westafrika und macht überall Fortschritte. Auch der *Klerus* sei so stark auf seiner Seite, daß Vichy den Vatikan um Intervention gebeten habe.

VI. *England*. Lord *Lothian*, der jetzige englische Botschafter in Washington, einst ein großer Hitlerverehrer, macht nach einem Besuch in London auffallenden Lärm über den üblen Stand der *englischen Finanzen*, wahrscheinlich aus falscher Taktik. (Er ist nun plötzlich gestorben. 12. XII.)

Der amerikanische Botschafter in London, *Kennedy*, dessen Haltung längst etwas seltsam war und der Englands Niederlage vorausgesehen, hat demissioniert.

Im Unterhaus wird wieder gegen Härten in der Behandlung der *Internierten* reklamiert.

Auf Veranlassung von einigen Abgeordneten der Independent Labour Party kommt es im Unterhaus auch zu einer *Friedensdebatte*. Jene verlangen die Einberufung einer *Friedenskonferenz*, wo auf Grundlage von Freiheit und Gerechtigkeit eine Verständigung gefunden werden solle. Das wird fast einstimmig als utopisch abgelehnt, aber allgemein die Bekanntgabe der *englischen Kriegsziele* verlangt.

VII. *Amerika*. 1. *Lewis*, der Leiter des Committee for Industrial Organisation (C. J. O.), ist, sein Wort haltend, wegen der Wiederwahl Roosevelts zurückgetreten und Philipp Murray an seine Stelle gekommen. Roosevelt bemüht sich, die beiden Organisationen C. J. O. und A. F. L. (American Organisation of Labour) zu einer Wiedervereinigung zu bewegen und findet Entgegenkommen.

2. Die Stimmung für die rascheste und größte Hilfeleistung an England („short of war“) wachse rasch. Gallups Befragung ergibt dafür 90 % der Stimmen. Es soll nun ernstlich die cash-and-carry-Klausel aufgehoben werden. Auch werden andere Maßregeln für *finanzielle Hilfe* geprüft. Neue Flugzeugtypen und Erfindungen für den Luftkrieg werden England geliefert, Frachtschiffe und Kriegsschiffe für dieses mit äußerster Geschwindigkeit hergestellt. Es seien 1,5 Millionen Tonnen Handelsschiffe im Bau.

Es werden von England auch neue Stützpunkte erworben. Mit den südamerikanischen Staaten wird über solche verhandelt, nicht ohne einigen Widerstand bei diesen, aber mit Erfolg. Mit *Mexiko* sind wieder die diplomatischen Beziehungen aufgenommen worden.

Immer wiederkehrende *Sabotageakte* an Rüstungsfabriken werden auf die „Fünfte Kolonne“ zurückgeführt, gegen die es eine besondere „Organisation Dies“ gibt. Gegen antidemokratische Bewegungen wird vorgegangen.

3. *Paraguay* organisiert sich diktatorisch und korporativ. Präsident Vargas von *Brasilien* geht nach Washington. In *Uruguay* sträubt sich der Senat gegen die Stützpunkte, die aber durch die Regierung bewilligt werden.

VIII. *Krieg und Frieden*. 1. Die *amerikanische Rüstungsindustrie* scheint immer noch stark in *deutschen* Händen zu sein. Sie liefere z. B. Deutschland immer noch das für die Herstellung von stählernen Waffen unentbehrliche hard metal composite, und daneben allerlei Aehnliches.

Die seltsame Erhöhung der Petrollieferungen an Japan durch *Indochina* wird mit deutschem Druck auf deren Besitzer durch die Verwandten in Holland erklärt.

2. Die *Hoover-Aktion* für die besetzten Gebiete wird immer aufs neue erörtert. Man schlägt eine internationale Kontrolle für die ihnen gelieferten Lebensmittel vor, damit diese nicht von Deutschen benützt würden. Eine freilich nicht leicht Sache. England will nur *Medikamente* zulassen.

3. Ueber die Behandlung der *Dienstverweigerer* in England und den Vereinigten Staaten macht Roger Baldwin in der „Nation“ folgende Mitteilungen: In *England* werden jetzt auch Verweigerungen aus nichtreligiösen Motiven anerkannt.

Es haben sich dort 48 000 Verweigerer gemeldet, wovon 20 % zurückgewiesen worden sind. Die große Mehrheit tut keinen *militärisch* gearteten Ersatzdienst, 10 % gar keinen.

In den *Vereinigten Staaten* besorgen Local boards (Lokale Kommissionen) die Prüfung der Verweigerer. Es kann von ihnen an regional boards (Bezirks-Kommissionen) appelliert werden, und man plant auch eine höchste und das ganze Land umfassende Instanz. Man verlangt von den Verweigerern bloß, daß sie zum Ersatz „ein Werk von nationaler Wichtigkeit“ tun sollen. Nur wenn auch dies verweigert wird, kommt es zu einem gerichtlichen Vorgehen. Doch sei es der Wunsch hoher Beamter des Kriegsministeriums, daß keine Verweigerer ins Gefängnis kommen.

IX. Soziales. Italien schafft eine „Arbeitskarte“, welche Expropriation von Gütern erlaubt, wo die notwendigen Meliorationen nicht von diesen selbst ausgeführt werden.

Hitler verspricht großen *Wohnungsbau* nach dem Kriege (etwa als Trost über die Zerstörungen durch die englischen Flieger?). Doktor Ley wird zum „Kommissar für sozialen Wohnungsbau“ ernannt.

X. Natur. In Frankreich und Spanien verurfacht *Hochwasser* furchtbare Zerstörungen.

XI. Kirche und Religion. Der *Vatikan* veranstaltet einen *Gebetstag*, an dem der Papst eine *Friedensansprache* hält. Er soll sich auch für einen *Waffenstillstand über Weihnachten* einsetzen.

Vom Vatikan aus spricht neben dem offiziellen ein offenbar dem Nationalsozialismus feindlicher Sender. In Deutschland aber stellt die römisch-katholische Kirche für die aus dem Osten umgesiedelten Deutschen Klostersgüter zur Verfügung.

Der Vatikan erklärt sich neuerdings gegen die *Sterilisierung „Minderwertiger“*.

An der diesjährigen *Morgartenfeier* behauptete der Festprediger, Hauptmann Scheuber: „General Guisan und Bundesrat Etter haben die Schweizer wieder beten gelehrt.“

In *Japan* schickt sich die Regierung im Geiste der *Nationalreligion*, des Shintoismus, an, von *allen* Religionen, das *Christentum* eingeschlossen, vor dem Schrein des als Gott verehrten Kaisers Andacht zu errichten. Damit kehrt die Lage der ersten Gemeinde wieder, der man zumutete, vor dem Bild des Kaisers zu opfern.

Zur schweizerischen Lage.

6. Dezember 1940.

Am Jahresende.

Die schweizerische Lage war im Jahre 1940 von einigen sich deutlich hervorhebenden Faktoren beherrscht. Man könnte freilich vereinfachend erklären: von *einem* Faktor, dem *Krieg*. Aber diese Grundtatfache tritt auf verschiedene Art hervor. Einmal auf der *politischen* Linie, und zwar der außenpolitischen wie der innerpolitischen, als Kampf um die Existenz der Schweiz, sodann auf der *sozialen*, als wachsende Gärung, und endlich auf der *geistigen*, als tiefe seelische Erregung, in alledem aber als Umwälzung, als *Revolution* — wenn auch vorläufig nicht in Form von Gewalt auf der einen oder andern Seite. Man nennt das die *Erneuerung*.

Der *außenpolitische* Faktor steht besonders seit dem katastrophalen Zusammenbruch Frankreichs im Mittelpunkt aller Probleme der Schweiz. Es ist kaum nötig, noch auszusprechen, was dieses Ereignis für die Schweiz bedeutet. Wir sind seither umfaßt und in gewissem Sinne beherrscht von zwei Mächten, die unter sich verbündet sind und beide eine Denkweise vertreten, die derjenigen, worauf die Schweiz ruht, entgegengesetzt ist. Es fehlt jenes Gleichgewicht der Nachbarmächte, das so lange unser Schutz war und worauf auch die militärische Verteidigung beruhte. So entstand auch in nicht pazifistischen oder antimilitaristischen Kreisen die Frage, welchen Sinn diese nun habe, oder gar, ob sie überhaupt noch einen habe. Der *Defaitismus* erhob sein Haupt. Aber nicht nur auf dieser Linie. Er ist auch in mehr politischer Form, mit einigen Schwankungen von einer groben

Form am Anfang, die kaum verhüllte *Kapitulation* bedeutete, zu einer feineren, die sich unter der Lofung des *Anschlusses an das „Neue Europa“* verbirgt, heute offenbar im Wachsen. Er tsetzt bei dem scheinbar unvermeidlichen Anschluß auf dem *wirtschaftlichen* Gebiete ein, es ist aber für jeden, der auch nur eines bescheidenen Nachdenkens fähig ist, völlig klar, daß dieser auch zum *politischen* führen müßte. Am Rande des schweizerischen Lebens aber hat sich seit dem Ereignis des Frühjahres jene Bewegung verstärkt, welche seit Jahren auch den politischen Anschluß in irgendeiner Form will. Wichtiger aber ist jene *Stimmung und Geisteshaltung*, deren logische und psychologische Folge auch ein Anschluß ist, die aber besonders in den intellektuellen und vielleicht noch mehr in den halbintellektuellen Kreisen weite Verbreitung hat. Die faschistischen und nazistischen Lofungen und Schlagworte, wie die von der „Führung“, der „Disziplin“, des „Staatsbürgers“ und andere mehr, bürgern sich ein, wie die faschistische und nazistische Sprache, der Natur der Dinge nach besonders die letztere. Daß das aber eine Stimmung und Denkweise ist, die *gegen* die Demokratie und damit gegen die Schweiz geht, ist klar.

Es ist damit schon angedeutet, daß die außenpolitische Sachlage sich auch in der *innenpolitischen* spiegelt. Hier tritt zunächst der Anschluß in Form der Lofung von der *Anpassung* auf, die eine gemäßigtere, sich selbst betrügende Form von Defaitismus ist. Die Anpassung soll geschehen durch eine politische Umgestaltung, welche der in den Nachbarvölkern geschehenen „Revolution“ (so drückt man sich aus) entspreche, aber freilich, so pflegt man hinzuzufügen, *schweizerischen* Stempel trage. Diesen beiden Postulaten scheint die Verbindung von *Föderalismus* und *Korporationensystem* zu entsprechen. Beides wird fast durchgängig *reaktionär* verstanden. So soll der Anpassung an eine „Revolution“ eine „Reaktion“ dienen! Diese Reaktion nimmt, da bei uns „Blut und Boden“, Nationalismus und Rassismus ohne Zerstörung der Fundamente der Eidgenossenschaft nicht zu Lofungen werden können, weniger nazistisches als faschistisches Material auf. Das ganze Gebilde heißt dann „*autoritäre Demokratie*“. Es entspricht auch dem soziologischen Ideal des neuen *Katholizismus*. Auf diese Linie schwenkt aber immer mehr auch das „freisinnige“ protestantische Bürgertum ein, ganz besonders das *welsche*, aber auch die Jungliberalen.

Beim welschen Bürgertum tritt auch das *Motiv* dieser Entwicklung besonders deutlich, ja kraß hervor: die Angst vor der Revolution, die man dort immer noch stark mit der französischen Volksfront verbindet. Für diese Kreise wird die neue französische Entwicklung das Vorbild. Daneben dient immerfort der Bolschewismus als Popanz, und es ist seltsam, wie auch jetzt noch und wieder neu, namentlich die welsche Groß- und Kleinbourgeoisie in Hitler (und Mussolini) einen Schutz gegen — Stalin („Moskau“) erblickt und nicht nur die Lofung: „Lieber Hitler als Blum!“ aufnimmt — natürlich *mutatis mutandis* — sondern auch eine neue prägt: „Lieber Deutschlands Sieg als der Englands!“ Denn dieser bedeutete Revolution.¹⁾

Diese reaktionäre, angepaßte Form der staatlichen Neubildung ist freilich nicht die einzige. Unser Zustand bedeutet auch in dieser Beziehung große *Gärung*. Er ist besonders charakterisiert durch die *Auflösung der alten Parteien* und den Anspruch der *Jugend* auf Führung. Dieser Sachlage entsprechen die überall aufschießenden neuen „*Bünde*“ und „*Gruppen*“, in denen mehr oder weniger die Jugend dominiert. Erstarrt, ohne schöpferische Ideen, die er sich ja meinte ersparen zu dürfen, ohne Glauben an sich selbst, ohne taugliche herrschende Führung, bemüht sich der *Sozialismus*, wenigstens die Demokratie zu retten. Er sucht deren Schutz nach außen vor allem beim Militär, immer kritikloser und unbedingter einem hohlen Militärpatriotismus und Schweizertum verfallend, und wird so, wollend oder nichtwollend, immer mehr zur festesten Stütze der Reaktion, von dieser bald grob, bald klug als *quantité négligeable* behandelt. Die Gewerkschaftsbewegung ist vollends eine neue Form des Kleinbürgertums geworden.

¹⁾ Das neue Auftreten *Musys* erinnert stark an das von Laval und Flandin. Ob wir auch einen Marcel Déat und einen Jacques Doriot bekommen werden?

Der politischen Gärung entspricht aber die *soziale*. Beide gehen naturgemäß ineinander über.

Diese soziale Gärung ist auch vor allem durch die Tatsache des *Krieges* erzeugt. Sie nimmt im wesentlichen zwei Formen an.

Die eine dieser Formen ist das Kind der großen wirtschaftlichen *Not*, die aus dem Steigen der Preise, dem Rückgang der Lebensmittel, der Stockung von Handel und Wandel, der zum Teil als Wirklichkeit, zum Teil als Gespenst drohenden Arbeitslosigkeit, den wachsenden und ungerechten Steuern auf der einen Seite, der Kapitalflucht und Kapitalhamsteri, dem steigenden Zinsfuß, der Ausbeutung der *Not* auf der andern Seite entsteht. Die Rationierung mit der Hamsteri als Begleiterscheinung steigert die Erregung der Volksmassen. Hunger, Blöße, Kälte werfen ihre Schatten in die Seelen. Die *doppelte Blockade* wird enger und enger. Hier drohen in nächster Zeitnähe wilde und chaotische *revolutionäre Zuckungen*.

Eine etwas feinere Form dieser sozialen Gärung aber ist das allgemeine Gefühl, daß eine *wirtschaftliche und soziale Umgestaltung*, ja *Umwälzung* unvermeidlich geworden sei. Dieser Einsicht öffnen sich nach und nach auch die bisher verschlossensten bürgerlich-kapitalistischen Kreise. *Das Ende des Kapitalismus* und des mit ihm verbundenen *Bürgertums* ist da. Losungen wie „Planwirtschaft“, „Abkehr vom Gelddenken“, „Dienstpflicht des Kapitals“ erfüllen die Luft. Eine gewaltige Revolution!

Diese Revolution wird zunächst, wie schon letztes Mal gezeigt worden ist, nicht Sozialismus, sondern, wieder paradoxerweise, *Reaktion*. Die Abhilfe soll eben jenes reaktionär gedachte Korporationensystem oder auch irgendeine Form von „Staatskapitalismus“ in mehr oder weniger feudalistischer Form sein. Der Sozialismus aber, in seiner gezähmten und gebrochenen, auch auf diesem seinem eigenen Gebiete ideenlosen, von aller schöpferischen oder gar revolutionären Kraft verlassenen Form bemüht sich, wenigstens aus der Liquidation der heutigen Ordnung einige Möbel und Lebensmittelfäcke zu retten. Vorläufig! Denn daß die mehr oder weniger reaktionäre Form der sozialen Gärung in die *revolutionäre* übergehen wird, ist mehr als wahrscheinlich, und dann käme wieder die Stunde des Sozialismus. Aber freilich eines *neuen!*

Und endlich ist diese Entwicklung von einer nicht weniger starken *geistigen* Gärung begleitet. Diese nimmt zum Teil *religiöse* Formen an. Die politische und soziale verbindet sich etwa mit ihr, wie z. B. im Gotthardbund. Aber eine Tendenz, die Eidgenossenschaft neu mit Gott oder gar Christus zu verbinden, tritt in mannigfaltigen, gelegentlich grotesken Formen auf. Auch die *Kirchen* können sich der Unruhe nicht entziehen. Die Flucht in die Theologie oder in die private Frömmigkeit, die eine Zeitlang über die Krisis hinweghalf (zum Teil wieder paradoxerweise unter der Losung der Krisis, aus Revolution Reaktion machend), genügt ganz offenbar der Sachlage nicht und befriedigt darum nicht mehr. Dieser Sachverhalt tut sich besonders darin kund, daß die theologischen und kirchlichen Kreise immer mehr den Weg der *Politik* betreten. Sie haben das ja kürzlich mit Eklat und Erfolg im Kampfe gegen den militärischen Vorunterricht getan. Aber die Gärung reicht natürlich noch viel tiefer: der *fundamentalen* Revolution entgegen, welche den andern erst die Kraft der Erfüllung, den tragfähigen Grund und die notwendige Reinigung von den Dämonen verschaffen kann.

Unter dem Zeichen dieser ganzen Lage ist auch verlaufen, was sich im Einzelnen während der Berichtszeit im schweizerischen Leben ereignet hat.

Hier steht im Vordergrund der Kampf um den *obligatorischen militärischen Vorunterricht*. Er bedeutete, wie gezeigt worden ist, ja geradezu eine Art Konzentration der Probleme unserer Lage. Ueber ihn ist anderwärts das Wesentliche gesagt. Es wäre freilich noch allerlei nachzutragen. Die Ja betrogen rund 343 000, die Nein rund 430 000, die Mehrheit also rund 87 000. Zur Urne gingen rund 60 %. Viele kamen offenbar zu keiner rechten Entscheidung. Am stärksten Nein gestimmt haben die Katholiken und die Bauern, am stärksten Ja die Städter und die Arbeiter. Dem Heer der gewohnheitsmäßigen Neinsager stand ein Heer von gewohn-

heitsmäßigen Jaſagern gegenüber, den mehr äußerlichen Motiven der einen Seite die nicht weniger äußerlichen der andern. Sicher iſt, daß bei beſſerer Organifation des Widerſtandes, mehr Geldmitteln und mehr Möglichkeit, ſeine Sache in Preſſe und Verſammlung zu vertreten, die Mehrheit mindestens verdoppelt worden wäre.¹⁾

Das andere Ereignis dieſer Zeit war das *Verbot der „Nationalen Bewegung“* als Antwort auf ihr „Ultimatum“ an den Bundesrat. Was iſt von dieſer Tat deſſelben zu halten? Ich bin nicht geneigt, in den allgemeinen Jubel darüber einzuſtimmen. Das Verbot, deſſen Notwendigkeit ich im übrigen nicht beſtreite, wird die Agitation dieſer Leute keineswegs unterdrücken, und es bleiben unverboden die etwas feineren Formen der gleichen Sache: „Die nationale Front“ (jetzt „Nationale Sammlung“ genannt) und der „Volksbund für die Unabhängigkeit [d. h. Abhängigkeit] der Schweiz“! Jene lärmende Geſellſchaft hat ihrer Sache nur geſchadet; ich könnte mir denken, daß über das Verbot niemand froher wäre als — die deutſche Geſandtschaft in Bern. Auch bin ich noch jetzt der Meinung, unſere größte Gefahr ſei nicht an *dieſer* Stelle zu ſuchen.

Man hat aber dieſe Tat offenbar als ſo kühn empfunden, daß eine Abſchwächung und Herſtellung der Neutralität nötig ſchien. So folgte denn raſch das von Hausfuchungen begleitete, übrigens längſt geplante und vorbereitete vollſtändige Verbot der *Kommunisten* und — Anarchiſten. (Es wäre intereſſant, zu erfahren, wo es in der Schweiz noch ſolche in mehr als ganz vereinzelt „Exemplaren“ gibt.) Es iſt über dieſen Akt im übrigen kein Wort zu verlieren. Ohne Zweifel wird er die bei uns ſozufagen tote kommuniſtiſche Bewegung neu beleben. Und das ſieht man vielleicht nicht einmal ſo ungern. Wer aber wird nun (nach Nicole) drankommen? ²⁾

Das dritte Ereignis auf dieſer Linie während der Berichtszeit war (und iſt) die Wahl der zwei neuen *Bundesräte*. Nach Schweizerart iſt die Aufregung darüber faſt größer als die des Kampfes um den Vorunterricht. In der gewaltigen Ueberſchätzung ſolcher Wahlen liegt auch ein Stück „autoritäre Demokratie“. Es ſpiegelt ſich in der Form, welche dieſe Angelegenheit bisher angenommen hat, überhaupt auch die ganze allgemeine Sachlage, die wir vorhin ikizziert haben, vor allem der moraliſche Zerfall des alten Parteiweſens, das jetzt noch einmal ſich durchzuſetzen verſucht, indem es Kandidaten aufſtellt, die allen Poſtulatn der Erneuerung (und zwar der *echten*) widerſprechen.³⁾

¹⁾ Der ſehr große Mangel an *Geldmitteln* auf unſerer Seite (der z. B. bloß eine ſehr begrenzte Verbreitung des Plakates geſtattete) hat unſere Gegner, denen ſozufagen unbeſchränkte Mittel zur Verfügung ſtanden, nicht verhindert, von „reichen“ auf unſerer Seite zu ſunkern.

²⁾ In dieſes traurige Kapitel gehört auch die Ausstoßung von vier ſozialiſtiſchen Mitgliedern des Genfer Großen Rates, die früher zu den Kommuniſten gehört hatten, wie das Verbot ſehr harmloſer Strickkränzchen, die man für des Kommunismus verdächtig hält. Zu was für feigen Jämmerlichkeiten iſt unſer reaktionäres Bürgertum herabgeſunken!

Es könnte übrigens geſchehen, daß uns auch *dafür* eines Tages die *Rechnung* überreicht würde. 12. XII.

³⁾ Dieſe Wahlen haben ſich inzwiſchen alſo vollzogen. Ihr Ergebnis iſt die Vermehrung des Bundesrates um einen Berner Konſervativen (von Steiger) und einen oſtſchweizeriſchen „Freiſinnigen“ (Kobelt), welchen die, ſo ihn kennen, als einen „ſehr autoritären-Herrn“ bezeichnen und dem die Weißen wie die Katholiken geſtimmt haben, ihre eigenen Scheinkandidaten (Crittin und Du Paſquier) aufgebend, weil ſie ihn für einen ſichereren Reaktionär halten.

Das iſt alſo die geforderte Erneuerung! Zwei Vertreter des „oberen Durchſchnittes“ mehr. So gut hätte es im *ſchlimmſten* Falle eine Volkswahl auch gemacht.

Das Ganze mahnte an ein Faſtnachtsſpiel. Es hat unſer Parteiweſen vollends als bankrott beleuchtet. Die *Sozialdemokraten* bekamen für ihre wahrhaftig keiner „revolutionären“ Neigungen verdächtigen Kandidaten Bratſchi und Huber faſt nur ihre

Die *soziale* Lage aber spiegelt sich in den Haupttraktanden der nun tagenden Bundesversammlung: Teuerung, Finanzierung der Wehrausgaben¹⁾, Bankgeheimnis, Kapitalhamsterung und Kapitalflucht, Zinsfuß, Familienlohn und so fort. Daneben sind allerlei soziale Maßregeln zu nennen, die schon verwirklicht sind: Teuerungszulagen für das eidgenössische Personal, ein Plan der Arbeitsbeschaffung (der auch einen „*Arbeitsdienst*“ für die Jugend beider Geschlechter und eine Verletzbarkeit der Arbeitslosen vorsieht — beides anfechtbare Vorschläge), ein Gesetz über die Heimarbeit. Der neue Skandal, der sich an die Banque de Genève knüpft, und anderes dieser Art beleuchtet die Fäulnis der heutigen Ordnung.

Werfen wir zum Schluß noch einen Blick in die *Zukunft*. Was wird sie uns bringen?

Sicher ist, daß die Umwälzung vorwärts geht; die Frage ist bloß, in welcher Form. Und hier hat die *Tat* einzusetzen. Denn wenn wir nicht wissen, was sein *wird*, so wissen wir vielleicht, was sein *soll*. Wenigstens können wir einen Imperativ dafür in uns tragen, und diesem haben wir zu gehorchen. Ein Fatum gibt es auch hier nicht. Ich meine nun, auf der politisch-sozialen Linie gebe es einen Weg, auf dem es möglich sein sollte, den Teil des Volkes zu bringen, der wirklich eine *Schweiz* will, und zwar eine unangepaßte: den Weg einer dem Urwesen der Eidgenossenschaft wie dem Gebot der Weltstunde und Gottesstunde entsprechenden neuen und vermehrten, nicht verminderten, *sozialen Demokratie*. Und über diesem Wege als Stern das Zeichen jener Bewegung, welche das schweizerische Verständnis der Sache Christi gewesen ist und heute wieder sein kann und soll, jener Bewegung, welche über Nikolaus von der Flüe, Zwingli, Calvin und Pestalozzi sich weiter entwickeln muß zum Glauben an das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit auch für die Erde. Unter diesem politischen, sozialen und religiösen Zeichen müßte jene Sammlung der Geister stattfinden, unter *ihm* die dreifache Revolution vor sich gehen.

Was aber wird uns von *außen* her beschieden sein? Und wie sollen wir uns darauf einstellen?

Wer kann das Erste wissen?

Ich möchte auf Grund reifer Befinnung und soweit dies hier möglich ist, darüber das sagen: Ein Fatum gibt es hier wieder nicht. Auch hier ist es die *eigene Tat*, von der die Entscheidung abhängt. Vor allem ist es verhängnisvoll, wenn man die augenblickliche Lage Europas als etwas *Endgültiges* nimmt. Sie ist es *nicht*. Sie kann schon in einem Jahre total anders sein. Die *Gefahr* für die Schweiz wird allerdings höchstwahrscheinlich, aus Gründen, die zum Teil anderwärts angedeutet sind, im Laufe der kommenden Entwicklungen noch wachsen. *Wir müssen schlech-*

eigenen Stimmen. Das ist der Lohn für all die Bravheit! Aber deswegen wird, weil ja immer noch *Hoffnung* bleibt, doch die ganze Politik der Sozialdemokratie an diesem erföhnten Bundesratsstessel orientiert bleiben, den sie wahrscheinlich *nicht* bekommt.

Das Beste an dieser Wahllaffäre war eine *Nichtwahl*. Daß man es wagte, ausgerechnet jenen *Professor Burkhardt*, den Schwiegersohn de Reynolds, der als Völkerbundskommissar für Danzig alles getan hat, was für die *Preisgabe* Danzigs nötig war, als Leiter unserer auswärtigen Politik vorzuschlagen, war vielleicht das Skandalöseste an der ganzen skandalösen Sache.

Der *Rücktritt Duttweilers* aus dem Nationalrat wegen seinem von diesem beftätigten Ausschluß aus der Vollmachtenkommission ist wie dieser selbst eine unerfreuliche Sache; erfreulich dagegen die vom Rate bekundete Ablehnung einer Verschärfung jener verhängnisvollen „*Geheimpolitik*“, die schon eine so große Rolle spielt, wie die Zurückweisung der autoritären Ansprüche des Bundesrates durch den Vorsitzenden des Nationalrates; halb erfreulich, halb unerfreulich der Versuch des Vorsitzenden, den Rat durch Methoden, die man sonst etwa Schulbuben gegenüber anwendet, zur „*Disziplin*“ zu erziehen. 12. XII.

¹⁾ Diese betragen bis Ende 1940 rund 1750 Millionen, bis Ende 1941, wie angenommen wird, 2,8 Milliarden, wahrscheinlich aber noch weit mehr.

terdings auf alles gefaßt sein. Und da gilt für uns nur Eines: *Fest* bleiben! *Fest* werden! In *jeder* Form! Für *alle* Fälle! Auch für den Fall, daß uns für eine Weile der äußere Untergang und der völlige Verlust der selbständigen Existenz beschieden sein sollte. Dann und daraufhin gilt es um so mehr, die *innere Existenz* festzuhalten auf den Tag der *Auferstehung* hin. Dafür aber ist eine noch ganz andere Wendung als bisher nach oben und nach innen notwendig. Sie bleibt unsere Hauptaufgabe auch im neuen Jahre. Und *sie* ist unsere Verheißung und Rettung.

In diesem Zeichen wollen wir mit *Gott* auch dem *Schweizerischen* Neujahr entgegengehen.

Empörung und Scham

zugleich wallen in einem auf, wenn man folgenden Bericht liest:

„Es ist“, erklärt Doktor Rittmeyer (aus St. Gallen) im Nationalrat, „bedauerlich, daß man gegen die Ausweisung armer Flüchtlinge, die in ihrem Heimatstaat verfolgt werden, einen wahren Kampf gegen die Polizeiabteilung führen muß. Zur Zeit will man einen tapferen jungen Polen ausweisen und nach Deutschland zurückstellen, der folgendes Schicksal hinter sich hat: Als 19jähriger Jüngling hat sich der Pole freiwillig gestellt, gegen Deutschland gekämpft und sich nach Polens Zusammenbruch durch die Slowakei und Serbien an das Adriatische Meer durchgeschlagen; von dort ist er nach Marseille entkommen und hat sich ein zweites Mal freiwillig gestellt, ist in die polnische Legion eingereiht worden und wurde gefangen genommen. Aus dem Gefangenenlager floh er in abenteuerlicher Flucht über den Bodensee nach Romanshorn, wo er halbtot anlangte. Wir pflegen ihn jetzt im St. Galler Spital, aber Bern hat uns befohlen, ihn den deutschen Behörden wieder auszuliefern. Angeblich geschehe ihm in Deutschland nichts. Dieser Auslieferungsbefehl ist sowohl moralisch wie internatioal-rechtlich unhaltbar.“

Bundesrat Baumann erklärt, die Flüchtlinge können in der Schweiz bleiben, wenn ihnen bei der Ausweisung schwere Gefahren drohen. In Interniertenlagern sind heute 245, in Arbeitslagern 580 Personen untergebracht. Wir bemühen uns um die Weiterreise. Was den von Nationalrat Rittmeyer genannten Fall des aus deutschen Gefangenenlagern entwichenen Flüchtlings anbetrifft, so sind wir nicht verpflichtet, solche Flüchtlinge zu behalten. Die Franzosen haben wir Frankreich übergeben, aber die Polen, die für Frankreich gekämpft haben, wies Frankreich ab. Das ist bedauerlich. Grundsätzlich stellen wir nun diese Polen den Deutschen wieder zu. Es ist nicht wahr, daß sie erschossen werden. Sie werden mit Arrest bestraft und kommen dann wieder ins Gefangenenlager. Bundesrat Baumann meint, das sei gewiß nicht so grausam. An dieser Praxis halten wir fest, sonst müssen wir diese Polen immer bei uns haben. Bundesrat Baumann erklärt, für diese Auffassung die persönliche Verantwortung zu übernehmen.“

Und das hat der Rat ohne Protest hingenommen? Was muß über eine solche Schweiz kommen?

Lieferanten von Geist und Glauben werden gesucht.

Der „Evangelische Pressedienst“ veröffentlicht folgendes Dokument:

„Zürich/Basel/Bern, im November 1940.“

Herrn Professor Dr. *Eugen Choisy*, Genf.

Zuhanden des Vorstandes des *Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes*.

Herr Präsident! Hochgeehrte Herren!

Die unterzeichneten Schweizerbürger sind aus verschiedenen geistigen und politischen Lagern unseres Volkes zusammengeführt worden durch die gemeinsame Sorge um die Freiheit, Ehre und Unabhängigkeit der schweizerischen Eidgenossenschaft. Auch ihre Stellung zu den in der Schweiz existierenden Kirchen ist nur insofern eine einheitliche, als sie sich über deren geschichtliche Bedeutung für die Entstehung und den bisherigen Bestand und über deren tatsächliche Rolle und Aufgabe im öffentlichen Leben auch der heutigen Schweiz im klaren sind.

Unter dieser Voraussetzung erlauben sie sich, Ihnen als der Vertretung der

leitenden Behörden der evangelisch-reformierten Kirchen unseres Landes folgendes zu unterbreiten:

I. Die schweizerische Eidgenossenschaft steht nach wie vor den Ereignissen des vergangenen Sommers vor der Möglichkeit einer schlimmsten Bedrohung ihres Bestandes und damit alles dessen, was sie unter den anderen Völkern Europas als ihr Eigenes und zugleich als allgemein Menschliches zu vertreten hat.

Die weltpolitische und die militärische Lage in Europa zwingt uns, damit zu rechnen, daß wir von einem Tag auf den anderen vor die Entscheidung gestellt werden können: entweder vor ausländischen Forderungen zurückzuweichen, mit deren Erfüllung die Schweiz für alle Zeiten aufhören würde, zu sein, was sie ist und sein soll, oder diesen Forderungen einen militärischen Widerstand entgegenzusetzen, bei dessen Durchführung wir uns in der Hauptsache auf uns selbst angewiesen sehen müßten und deren Form (Verteidigung unseres Alpengebietes) sowohl von unserer Armee wie von unserer Zivilbevölkerung eine fast undenkbare Bereitschaft zu Disziplin, Selbstverleugnung und Ausdauer verlangen würde.

II. Die unter Umständen plötzlich vor dem ganzen Schweizervolk und vor jedem einzelnen Schweizer stehenden Fragen werden lauten:

Können und wollen wir auf das, was wir bis jetzt als Schweizer schlecht und recht gewesen sind und gehütet haben, verzichten, um uns in eine Lebensform einzuordnen, die nicht nur der unfrigen, sondern auch allem dem, was wir von unsern Vätern her für menschlich recht und gut gehalten haben, fremd und zuwider ist?

Wenn nicht: Können und wollen wir die Erkenntnis betätigen, daß es sich lohnt, daß es geboten und daß es letztlich auch politisch, wirtschaftlich und militärisch klug ist, zur Abwehr dieser Gefahr unsere wohlbekannte und oft genug beteuerte Verteidigungspflicht zu erfüllen und jedes dabei von uns verlangte Opfer zu bringen?

Herr Präsident! Hochgeehrte Herren! Diese Fragen sind von so radikaler Art, daß es uns deutlich ist: die nötige ernstliche Abweilung der ersten, wie die nötige ernstliche Bejahung der zweiten Frage wird von unserem Volk und von jedem Einzelnen unter uns einen Glauben erfordern, der über das übliche Maß von Patriotismus und Idealismus weit hinausgeht. Uns ist deutlich, daß zuletzt eben der christliche Glaube, aus dem die Eidgenossenschaft hervorgegangen ist, nötig sein wird, um sie in der Stunde einer nach beiden Seiten so gefährlichen Entscheidung zu erhalten. Weil für die Verkündigung des christlichen Glaubens in unserem Land die christlichen Kirchen verantwortlich sind, gestatten wir uns, Sie auf diesen Zusammenhang, der gewiß auch Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen ist, neuerdings hinzuweisen.

Wir möchten aber darüber hinaus den Gedanken äußern, daß die bewußten Fragen auch die christlichen Kirchen als solche (hinsichtlich ihrer von der Weltpolitik unabhängigen eigenen Aufgabe) nicht gleichgültig lassen können, sofern die Entscheidung gegen oder für die schweizerische Freiheit, Ehre und Unabhängigkeit, so wie die Dinge heute liegen, notwendig zugleich eine Entscheidung gegen oder für alles das ist, was das Christentum bis jetzt, unvollkommen genug, als göttlich und menschlich geboten und recht vertreten hat. Auch das kann Ihnen nicht verborgen sein; aber auch an diese Seite der Sache möchten wir hiemit erinnern haben.

III. Auf Grund dieser Erwägungen gestatten wir uns, das Vertrauen und die Erwartung auszusprechen, die schweizerischen Kirchen seien sich der Gefahr, in der sich unser Volk und Land befindet, und der Größe und Tragweite der vielleicht plötzlich von uns allen geforderten Entscheidung bewußt und sie seien bereit, die gerade ihnen in dieser Zeit zufallende Verantwortung zu übernehmen, d. h. zu der inneren Vorbereitung unseres Volkes auf die drohende Krisis, zur Begründung und Erhaltung, der dann in der Armee wie in der Zivilbevölkerung unentbehrlichen Einsicht, Gesinnung und Haltung den Beitrag zu leisten, den aus den angezeigten Gründen *nur sie leisten können* [!], zu leisten aber auch besonders Anlaß haben.

Unsere Meinung ist nicht die, daß die Kirche ihren Boden der christlichen Pre-

dig, Unterweifung und Seelforge verlassen folle, um ſich mit vaterländifcher Propaganda zu befaffen. Unfer Wunſch geht vielmehr dahin, daß ſie ſtreng auf ihrem eigenen Boden die befondere Gefahr und Aufgabe im Auge habe, auf die wir Schweizer heute gefaßt ſein müſſen, und daß ſie es nicht verſäume, auf ihrem Boden und mit ihren Mitteln im Blick darauf zu arbeiten, daß uns der moralifche Zusammenbruch, der die eigentliche Urfache der Kataſtrophe in anderen Ländern gewesen iſt, erſpart bleiben und daß das Schweizervolk im entſcheidenden Augenblick von ſeinem chriſtlichen Erbe den nötigen praktiſchen Gebrauch machen möge.

IV. Wir verſenden eine Abſchrift dieſer Erklärung an die ſämtlichen kantonalen Kirchen- und Synodalräte ſowie an den Evangelifchen Preſſedienſt, und wären dankbar, wenn Sie (ſei es in ihrem Wortlaut, ſei es in Form ſelbſtändiger Kundgebungen) an die lokalen Gemeindegemeinderäte und Pfarrämter weitergegeben würde.

In ausgezeichnete Hochachtung!

Alb. Mermoud, Lausanne.

Dr. A. R. Lindt, Bern.

Konrad Ilg, Bern.

Dr. Max Weber, N.-R., Bern.

Dr. P. Meierhans, N.-R., Zürich.

Dr. E. Klöti, Zürich.

Otto Meyer-Lingg, Bern.

F. Bernet, Zollikon.

Dr. H. Oprecht, Zürich.

Arnold Kübler, Zürich.

Dr. H. Walder, Zürich.

Dr. M. Feldmann, Bern.

Dr. W. Allgöwer, Bern.

Hermann Böſchenſtein, Bern.

H. Leuenberger, N.-R., Zürich.

Dr. E. Spühler, Lausanne.

Dr. Max Gafner, Bern.

Fritz R. Allemann, Baſel.

Dr. Peter Zſchokke, Baſel.

Dr. H. Kuhn, Baſel.

Dr. A. Oeri, N.-R., Baſel.

Dr. V. F. Wagner, Baſel.

Dr. Max Eppenberger, Baſel.

E. J. Saraſin, Baſel.

Iſa Stähelin, Oberſommeri.

Dr. Ernſt von Schenk, Baſel.

Capitain Frick, Lausanne.

Pierre Graber, Lausanne.“

Wenn ich dieſes vielſagende Dokument recht verſtehe, ſo beſtellen die Unterzeichner des Schreibens bei den Kirchen für die Politik *Geiſt* und *Glauben*, etwa ſo, wie man anderwärts Mehl, Beton oder Benzin beſtellt. Meines Wiſſens ſind dieſe Unterzeichner alles *Proteſtanten*. Wiſſen die nichts von dem *allgemeinen Prieſtertum aller Chriſten*? Und die *Sozialdemokraten* darunter? Wollen Sie den Glauben wirklich vom „Kirchenbund“ beziehen? Das wäre freilich der Gipfel der bürgerlichen Salonfähigkeit.

Die Kirchen werden auf dieſe ihr zuge dachte Rolle ſtolz ſein. Aber wie — wenn der verlangte Artikel nicht vorrätig wäre?

Aktion für die Emigranten in ſüdfranzöſiſchen Lagern.

Schon lange wünſchten wir, den Leſern der „Neuen Wege“ und des „Aufbau“ und den Mitgliedern der religiös-ſozialen Vereinigung Bericht zu erſtatten über die Verwendung des Geldes, das als Antwort auf unſeren Notſchrei vom September einging. Wir wollten aber warten, bis die Sammlung abgeſchloſſen ſei. Nun ſehen wir, daß die immer wachſende Not immer aufs neue den einen oder andern zum Helfen treibt, und ſo möchten wir nicht von einem Abſchluß reden, ſondern kurz darauf hinweiſen, was bis jetzt mit dem Geld geſchehen iſt und wie weitere Gaben Verwendung finden könnten.

Die Sammlung, die bis jetzt rund 6000 Franken eintrug¹⁾, hat einerſeits weniger, andererseits mehr bewirkt, als ihrem Umfang entſprach.

Weniger war es in dem Sinne, daß das Geld, welches unſere Mitglieder und Leſer ſo raſch und bereitwillig ſpendeten, ſehr langſame Hilfe brachte. Die Emigrantinnen im Interniertenlager Gurs waren glücklich, als anfangs September auf

¹⁾ Die Eingänge ſeit 1. Oktober aufzuführen, wird wegen Platzmangel erſt in der nächſten Nummer möglich ſein.